

2012-11-23

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 11.10.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Sitzungsort: JKS "Krötenhof", Wasserstadt 50, 06844 Dessau-Roßlau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Bericht über generationsübergreifende Erfahrungen im Freizeitzentrum durch Herrn Griesbach

Herr **Griesbach** begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und lädt zu einem Rundgang durch das Haus ein. Er erklärt, dass mit der Zusammenlegung des Hauses mit dem Haus Anne Frank im Jahr 2004 mehrere Generationen hier vertreten sind. Die altersübergreifende Arbeit ist im Krötenhof Alltag. Die Generationen arbeiten hier interessenorientiert, das heißt, dass die Kurse gut laufen und nicht an den Intentionen der Besucher vorbei organisiert werden. Im Krötenhof werden Kurse kostendeckend angeboten. Die Nutzung ist in einer Gebührenordnung festgelegt. In die Berechnungen fließen keine Betriebskosten ein. Bildungsgutscheine werden immer öfter eingelöst. Der Anteil liegt bei ca. 5 % der Teilnehmer. Angeboten werden 45 wiederkehrende Kurse. Im weiteren Verlauf des Rundgangs machte er auf die baulichen Mängel in verschiedenen Räumen aufmerksam, die möglichst im kommenden Haushaltsjahr beseitigt werden sollten. Dabei bittet er die Stadträte um Unterstützung bei der HH-Diskussion.

2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hartmann eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

4.1 Informationen der Verwaltung

Herr **Koschig** möchte auf einen Artikel aus der heutigen Mitteldeutschen Zeitung eingehen, da er sich persönlich angegriffen fühlt. Inhaltlich geht es um die Vorbereitungen zum Jubiläum 800 Jahre Dessau. Er hat zeitig den Kontakt zum derzeitigen Vorstand des Vereins zur „Förderung der Stadtkultur Dessau e.V.“ gesucht. Am 17. Juli fand das erste Treffen mit dem Verein statt, dabei wurde die künftige Zusammenarbeit ausgelotet. Ein nächstes Treffen wurde nach seinem Urlaub anberaumt. Geklärt sollte werden, was der Verein künftig leisten kann, wofür kann die Stadt eintreten. Am 22. August folgten weitere Absprachen mit dem Vorstand. Die Veranstaltungshöhepunkte des Leopoldsfestes sollen Bestandteile der Jubiläumsveranstaltung werden, die der Verein vorbereiten könnte. Er machte die Zusage zur Mitgestaltung, obwohl noch kein Haushalt beschlossen wurde. Der Verein wurde ermutigt, erste Schritte zu unternehmen. Festgelegt wurde, dass der Kulturamtsleiter mit Herrn Haja über ein Moratorium alle Modalitäten verhandelt und den erforderlichen Zuschuss an den Verein zusichert. Bis auf eine Fläche im Stadtpark wurde Einvernehmen zu den Nutzungsflächen hergestellt. Besagte Fläche möchte der Stadtsportbund nutzen. Dennoch sollten alle wichtigen Dinge angeschoben werden. Enttäuscht ist er nicht von den Aussagen des Vorstands, der sich damit auseinander setzen muss, sondern von der Berichterstattung der Medien. Er hätte erwartet, dass die Beratungen an seinem Tisch Erwähnung gefunden hätten und nicht wieder der Eindruck erweckt wird, dass die Stadt untätig ist. Dies betrachtet er als persönlichen Affront. Vom dazugehörigen Kommentar durch Frau Hanus ist er persönlich sehr enttäuscht.

Herr **Hartmann** bittet in der Sitzung am 22.11.12 um Informationen zum Thema Jubiläumsvorbereitung. Herr **Koschig** geht davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt Einvernehmen zur Nutzung der Flächen durch die einzelnen Akteure hergestellt ist und ein entsprechender Lageplan vorgelegt werden kann. Eine Richtigstellung in der Presse hält Herr Koschig nicht separat für erforderlich, da er den, für ihn zuständigen, Fachausschuss informiert hat und die Presse heute anwesend ist.

4.2 Anfragen und Informationen der Stadträte und sachkundigen Einwohner

Herr **Hartmann** informiert in eigener Sache, dass der Vorsitz des Ausschusses jetzt an die Bürgerliste, Frau Dr. Tietz, zurückgeht, da er nur vorübergehend den Vorsitz übernommen hatte. Der Wechsel vollzieht sich zur nächsten Sitzung am 22.11.12.

Herr **Tonndorf** informiert, dass der Bürgermeister der Stadt Roudnice um Unterstützung bei der Organisation eines Adventsmarktes, ähnlich dem Advent auf der Burg Roßlau gestaltetem, gebeten hat. Ein Team von Dessau-Roßlauern fährt im Vorfeld zu gemeinsamen Gesprächen nach Roudnice. Auf der Panoramakarte, die er dazu reicht, ist das Schlossgelände, auf dem der Adventsmarkt am 2. Advent stattfindet, zu sehen.

Herr **Otto** hinterfragt den Stand der Entwicklung zur Übertragung der Meisterhäuser bzw. der Anhaltischen Gemäldegalerie in die jeweils neue Trägerschaft und möglicher Entwicklungen im Hinblick auf den heute gewonnenen Prozess zum FAG.

Herr **Koschig** kann zu beiden Übertragungen keinen neuen Stand bieten. Derzeit prüft die Landesregierung alle Stiftungen. Staatssekretär Dr. Hofmann hatte ihm erklärt, dass es Schwierigkeiten gibt, die Stiftung **Meisterhäuser** an die Stiftung Bauhaus zu übertragen. Dies entspricht nicht der angestrebten Arbeitsrichtung. Für die Reparatur des Meisterhausensembles wurden jetzt vom Land weitere 250 TEUR bereitgestellt unter der Bedingung, dass die Stadt ebenfalls 200 TEUR zur Verfügung stellt. Die 250 TEUR des Landes wären völlig ausreichend. Intention war stets, dass durch die Übertragung der städtische Haushalt entlastet wird. Die Verfahrensweise mit der das Kultusministerium in den Landtag ging, war so nicht abgestimmt. Ein Gespräch auf Arbeitsebene möchte er jetzt abwarten und wird dann erneut auf Herrn Dorgerloh zugehen.

Beim **Georgium** gibt es auch kaum Entwicklungen, außer, dass die Kulturstiftung und die Stadtverwaltung ein gemeinsames Konzept unter Federführung von Dr. Weiss eingereicht haben. Dieses wurde von Fachleuten geprüft und als plausibel erkannt worden. 2,4 Mio. EUR benötigt das Welterbe Schloss Georgium mit seinen 20 Denkmälern im Park, um der Verantwortung gerecht zu werden. An dieser Zahl scheiterte das weitere Vorgehen. Der Landtag Sachsen-Anhalt müsste ähnlich dem Landtag Thüringens den Kulturhaushalt auf 1 % des Landesbudgets anheben. Dies entspräche 14 bis 15 Mio. EUR jährlich, durch die der Kultusminister in der Lage wäre, bspw. die Übertragung zu realisieren.

Herr **Otto** ging bislang davon aus, dass die Stadt nach der Übertragung Georgium von den Kosten entlastet ist und dennoch Eigentümer der Bilder bleibt. Zwischenzeitlich wurde auch verlautbart, dass das Land bzw. die Kulturstiftung auf einer Kostenbeteiligung durch die Stadt besteht. Sollte dem so sein, bittet er um Ausreichung der entsprechenden Unterlagen im nächsten Kulturausschuss.

Herr **Koschig** erwähnt, dass für die Beteiligung der Stadt das Modell der Stiftung Bauhaus vorgeschlagen wurde. Aufgabenstellung war, den Bund mit ins Boot zu holen, so dass die Stadt anteilig 5 % mitfinanziert. Die Bilder betreffend wurde immer betont, dass sie Eigentum der Stadt bleiben müssen. Wirtschaftlich können sie von der Stiftung mit betrieben werden. Dem Kultusminister wurde dies ebenfalls erklärt. Die Kulturstiftung vertritt dazu teilweise eine andere Auffassung, die im Notfall erstritten werden müsste. Die Erstellung der Eckdaten zum nächsten Kulturausschuss über die Gespräche mit der Kulturstiftung nimmt er als Auftrag für die Verwaltung mit. Mit der Stiftung wird jetzt eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Herr **Otto** möchte darüber informiert werden, welche Bedingungen die Stadt in dieser Vereinbarung formuliert. Herr **Koschig** antwortet, dass die Kooperationsvereinbarung in Form einer Beschlussvorlage in den Kulturausschuss eingereicht wird.

Herr **Puttkammer** geht davon aus, dass nicht nur die Gemälde sondern auch die Grafiksammlung im Besitz der Stadt bleiben. Weiterhin geht er davon aus, dass wenn die Stadt mit 5 % an der Bewirtschaftung beteiligt ist, eine öffentliche Begehrbarkeit der Parkanlagen gewährleistet wird. In Mosigkau stellt die Schließung der Anlagen ein ständiges Ärgernis dar.

Herr **Hartmann** erwähnt, dass die Stadt ständig im Kuratorium der Stiftung vertreten ist und auf solche Entscheidungen Einfluss hat. Herr **Otto** sieht ein Problem darin, dass die Politik nicht im Kuratorium vertreten ist und jetzt Entscheidungen getroffen werden, die der Arbeitsrichtung der Politik nicht entspricht. Beschlossen wurde, die Ausstellungsflächen zu vergrößern. Jetzt wird davon gesprochen die Flächen zu verkleinern, weil im Moment die Kulturstiftung das Sagen hat. Er stellt den Antrag, auch zu diesem Konzept sollten Informationen an die Ausschussmitglieder ausgereicht werden, dies betrifft auch den Festsaal, der für traditionelle Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung stehen soll.

Herr **Koschig** war bei der Abschluss-Ämterkonferenz dabei und hatte nicht das Gefühl, dass über eine Verkleinerung der Ausstellungsfläche nachgedacht wird. Durch Einbeziehung des Mezzanins vergrößert sich sogar die Fläche. Auch an ihn wurden mehrere Anfragen herangetragen, weshalb er kurzfristig eine weitere Ämterkonferenz einberufen wird. Herr Bekierz schlägt vor, im nächsten Ausschuss das Konzept auszureichen.

Frau **Dammann** erinnert an die Ausstellung im Rahmen Anhalt|800 in Mosigkau zu der die Tore der Anlage geöffnet waren und dass viele spontan angehalten haben, weil die Anlage offen war. Der Stadtratsbeschluss besteht nach wie vor, sich dafür einzusetzen den Haupteingang zu öffnen und nichts passiert.

Herr **Hartmann** bezieht sich auf den in der heutigen Zeitung erwähnten Abriss des **Junkalor-Gebäudes**. Der Unternehmer hat seine Interessenbekundung für das Gelände zurückgezogen. Er möchte wissen, ob der Abriss jetzt trotzdem erfolgen muss.

Herr **Bekierz** erläutert die Arbeitsrichtung. Das gesamte Gelände sollte beräumt werden mit Ausnahme der Rundbogenhalle. Vorerst war das Thema Verwaltungsgebäude ausgeklammert. Wenn ein Investor gefunden wird, sollte es erhalten werden. Es war schon immer Bestandteil der Förderung und des Stadtratsbeschlusses, Junkalor zu beräumen. Da es jetzt keinen Investor mehr gibt, wird die Stadt das Gebäude abreißen lassen. Baufachlich wird keine Möglichkeit gesehen, das Gebäude zu erhalten und einer Nutzung zuzuführen. Die Schädigungen sind zu erheblich. Zu derzeitigen Eigentumsverhältnissen kann Herr Bekierz aus seiner Wahrnehmung heraus sagen, dass der Verkauf rück abgewickelt wird. Es gibt eine so genannte Zerstörungsgenehmigung der oberen Denkmalbehörde, die bis zum 31.12.12 befristet ist. Die Submission für den Rückbau ist erfolgt und die Realisierung steht kurz bevor.

Herr **Hartmann** möchte anregen, das Stahlskelett zu erhalten. Es wäre ein weiterer markanter Punkt im Stadtgebiet, der an etwas erinnert. Herr **Bekierz** gibt zu bedenken, dass, wenn an dieser Stelle ein Denkmal steht, eine Nutzung des Geländes nicht mehr förderfähig wäre. Herr **Otto** erinnert sich, dass das Gebäude schon vor 1989 als nicht sanierungsfähig bewertet wurde. Das Gasgerätewerk als gleiches Gebäude ist noch intakt. Herr **Bekierz** sieht keine fundierten Grundlagen, um in der kurzen Zeit eine andere Entscheidung herbeizuführen. Herr **Koschig** hatte vorab die gleiche Anregung wie Herr Hartmann an den Baudezernenten herangetragen, der die Möglichkeit des Erhalts der Stahlkonstruktion aus benannten Gründen auch ausgeschlossen hat.

Herr **Puttkammer** erinnert an die Initiative der Studenten, die Rundbogenhalle am jetzigen Standort zu erhalten. Auch die Umsetzung auf das Gelände des Museums-Vereins war in der Diskussion. Herr **Bekierz** klärt auf, dass die Studenten an der Jugendstil-Halle interessiert waren, diese gibt es nicht mehr. Die Umsetzung der noch vorhandenen Halle wäre nur dann förderfähig, wenn sie an vorhandener Stelle nicht mehr nutzbar wäre. Der potentielle Investor hatte aber plausibel die Nutzung auf dem Gelände Junkalor dargestellt, so dass sie damals nicht umgesetzt wurde. Der ursprüngliche Plan wird jetzt wieder verfolgt.

5 Beschlussfassungen

5.1 Arbeitsrichtung zum weiteren Umgang mit der Südschwimmhalle Dessau Vorlage: DR/BV/312/2012/V-40

Herr **Hartmann** bittet die Ausschussmitglieder um ihre Fragestellungen, die im Anschluss durch die Verwaltung beantwortet werden können.

Herrn **Tonndorf** ist die Lagebestimmung zu ungenau und bittet deshalb um einen Lageplan.

Herr **Otto** möchte wissen, was gebaut werden soll. Geht es nur um die Halle oder auch um das Außengelände. Dabei muss das Umfeld mit betrachtet werden.

Herr **Koschig** weist auf die Arbeitsrichtung hin, den Schwimm- und Vereinssport sowie das Rehabilitationsschwimmen abzusichern. Der Neubau ist dabei in gleicher Höhe, wie der Sanierungsaufwand möglich. Der neue Standort kann zur Innenstadt-Belebung beitragen.

Herr **Bekierz** beschreibt die Chronologie zur Beschlussfassung Neubau Schwimmhalle.

Frau **Wendeborn** ergänzt, dass die Aufgabenstellung Funktionshalle umgesetzt wird.

Genau hier sieht Herr **Otto** das Problem. Wenn neu gebaut wird, kann neu darüber nachgedacht werden, für das Geld etwas anderes als die vorhandene Halle zu bauen. Die Schwimmhalle in Köthen hat bspw. nur 4,5 Mio. EUR gekostet und wird von vielen Dessauern genutzt.

Frau **Wendeborn** schließt nicht aus, dass über eine Erweiterung einer Funktionshalle nachgedacht werden kann.

Herrn **Otto** ist nicht klar wie lange noch überlegt werden soll.

Herr **Koschig** erklärt, dass bei der Planung nicht von Spaßelementen ausgegangen wurde.

Herr **Puttkammer** erinnert sich, dass ein Konzept zur Halle beschlossen wurde. In Dessau-Roßlau und Umgebung gibt es ausreichend Bäder, die mehr als die Funktio-

nalität bieten. Beim diskutierten neuen Standort kann er sich weiterhin nicht vorstellen, dass sich jemand an der stark befahrenen Straße auf eine grüne Wiese legen will. Entweder es entsteht an der Stelle ein Bauwerk der Bauhausstadt würdig oder man entscheidet sich für einen schlichten Funktionalbau, der schnell errichtet ist. Er wundert sich über den favorisierten Standort, da er dort die verkehrstechnische Anbindung vermisst.

Auch Frau Dr. **Tietz** stellt einen Neubau nicht in Frage, ihr erschließt sich der Standortvorschlag nicht. Es ist nicht erkennbar, welche Kosten aufzubringen sind, um das Bad wassersicher zu machen. Die aufgeführten Synergieeffekte für die Innenstadt kann sie nicht sehen. Auch sie sieht die Reihenfolge der Arbeitsschritte anders. Erst sollte feststehen, was gebaut wird und wohin. Die Beschlussvorlage ist ihr zu ungenau.

Herr **Tonndorf** plädiert für einen Bau ohne Schnickschnack, der so schnell wie möglich realisiert werden kann. Die Anbindung zum ÖPNV hält auch er für sehr wichtig. Eine Halle im Stadtpark könnte er sich gut vorstellen.

Frau **Stöbe** spricht sich ebenfalls für einen Neubau aus. Ihre Fraktion hat den Standort diskutiert und sieht Probleme in der Nähe zum Wasser und der Ansicht eines Bauwerkes im Ortseingangsbereich, welches ziemlich kompakt sein wird. Das Parkplatzangebot sieht sie in Köthen gut gelöst, kann es sich an dem Standort für die Mühleninsel aber nicht vorstellen. Vielleicht ist es auch denkbar, über den Standort eines Sportkomplexes in Nähe des Stadions nachzudenken, in dessen Umfeld sich zwei denkbare Nutzungsflächen befinden. Entscheidend ist jetzt, wie schnell ein Beschluss herbeigeführt werden muss.

Frau **Wendeborn** berichtet, dass die Fördermittel für 2013 beantragt wurden und der Standort jetzt definiert werden muss.

Herr **Hartmann** hält die vorgeschlagene Stelle für sehr prädestiniert und anspruchsvoll in der Umsetzung, da das Gebäude autark von jeder Seite einsehbar wäre. Der Anspruch an die Architektur wäre immens hoch und stellt in seinem Reiz eine besondere Herausforderung dar. Die Frage ist an der Stelle, ob wir uns das leisten können.

Herr **Puttkammer** hat Sorge, dass der „schräge Otto“ durch das neue Bauwerk verdeckt wäre.

Herr **Otto** erinnert daran, dass die Politik jahrelang darauf drängte, den Mühlgraben als Kajakstrecke wieder herzustellen. Dazu gab es bereits Beschluslagen und war als Perspektive im EXPO-Pfad. Ein weiteres Thema den Standort betreffend ist das Kraftwerk sowie der Bau einer Fischtreppe. Auch der Untergrund, auf dem gebaut werden soll, macht ihm Sorgen.

Herr **Koschig** unterstreicht, dass es wichtig ist, den Grundsatzbeschluss auf den Weg zu bringen. Der Fördermittelantrag muss konkretisiert werden. Eine Übertragung an einen Projektentwickler müsste folgen. Der wichtigste Stadteingang ist der vom Zubringer Ost, der mit der neuen Halle aufgewertet wird. Der Baugrund ist der bedenklichste Faktor auf den das Stadtplanungsamt ausdrücklich hingewiesen hat.

Eine Reihe von Standorten wurde untersucht und nach der ersten Abwägung wurden weitere Standorte ins Gespräch gebracht. Die beiden Favoriten sind die Mühleninsel und die Amalienstraße; Grundstücke, die der Stadt bereits gehören. Die Halle selbst wird kein „Innenstadtbeleber“. Bei der derzeitigen Kostenentwicklung geht er nicht davon aus, dass für die geplanten 6,5 Mio. EUR keine Spaßindikatoren berücksichtigt werden können. Als Träger des ÖPNV hält er die Verkehrsanbindung für lösbar. Die Amalienstraße ist der von den Stadtwerken favorisierte Standort, der sich im Grünzug befinden würde, mit dem Standort Mühleninsel könnten sich die Stadtwerke ebenfalls anfreunden.

Frau **Lischke** vom Stadtplanungsamt ergänzt, dass das Zentrum gestärkt werden soll und erklärt die Wichtungsfaktoren, die zur Entscheidung führten. Die Halle könnte ein Aushängeschild für die Stadt werden.

Herr **Bekierz** bestätigt, dass der Baugrund an der Stelle sehr kompliziert sein könnte. Dann müsste man von dem Standort Abstand nehmen. Eine Untersuchung findet aber erst statt, wenn klar ist, ob der Standort gewünscht ist. Eine Untersuchung wäre für jeden Standort notwendig.

Herr **Hartmann** kann sich bei der Diskussion zum Masterplan Innenstadt daran erinnern, dass Wohnraum für den Bereich Mühleninsel geplant wurde. Frau **Lischke** antwortet, dass die Abwägung zum Bürgerforum in der kommenden Woche nochmals ausgestellt wird. Hochwertiges Wohnen und Fischtreppe sind noch Optionen in der Untersuchung.

Herr **Otto** möchte den Vorschlag von Frau Dr. Tietz aufgreifen und die Vorlage zurückstellen. Auch seine Fraktion hat ihn beauftragt, nach einem möglichen Sportkomplex zu fragen und das ehemalige Molkereigelände gegenüber dem Stadion ins Spiel zu bringen. Auch der Standort Törten ist seiner Meinung nach nicht völlig aufzugeben.

Frau **Lischke** antwortet, dass auch diese anderen Möglichkeiten diskutiert wurden. Die Investitionen für die Stadt werden immer weniger und unter diesem Aspekt, sollte die Innenstadt gestärkt werden, was sich auch mit dem Beschluss zum Leitbild deckt.

Herr **Otto** ist dennoch der Meinung, dass dieses Objekt nicht zur Innenstadtbelebung beiträgt, solange es sich um einen funktionalen Baukörper handelt. Im Gegenzug soll das Besucherzentrum, das zur Belebung beitragen könnte, an den Stadtrand gebracht werden.

Herr **Puttkammer** kann aus eigener Erfahrung sagen, dass man nach einer Stunde Schwimmen zu kaputt für weitere Aktivitäten ist. Das bedeutet letztendlich, dass der Bau nicht zur Belebung der Innenstadt beiträgt. Ein größeres Problem ist der Abrissgürtel. Der Übergang vom Kernbereich in die anderen Gebiete sollte so gestaltet werden, dass dort die Belebung stattfindet. Ein neu gestalteter Stadtpark steht für ihn nicht zur Diskussion. Heute sollte das Votum für den Neubau bekräftigt werden unter der Maßgabe, dass nochmals Standorte vorgeschlagen werden.

Frau **Stöbe** schlägt vor, um zu einem Votum für die Arbeitsrichtung zu kommen, den 1. Punkt des Beschlussvorschlages herauszunehmen bzw. zu ändern. Herr **Hart-**

mann votiert dafür eine Arbeitsrichtung vorzugeben und hält den jetzigen Standortvorschlag für sehr attraktiv. Er fände es schade, das Objekt in eine Peripherie abzudrängen und möchte eher der Stadt ein Gesicht geben. Er wirbt für eine Standortuntersuchung Mühleninsel.

Herr **Otto** betont, dass er nicht grundsätzlich gegen den Standort ist, wenn alle Dinge, die damit in Zusammenhang stehen, dargelegt werden. Als Qualität für die Vorlage gehört dazu, die vorzuhaltenden Stellplätze zu benennen.

Herr **Koschig** kann nicht für jeden gewünschten Standort Planungsunterlagen vorhalten. Herr **Otto** hält dagegen, dass die Verwaltung 4 Monate Zeit hatte, eine detailliertere Vorlage einzureichen.

Herr **Koschig** weist die Kritik zurück und beschreibt den intensiven Entscheidungsprozess der Verwaltungsspitze, die zu diesem Ergebnis kam. Sein Vorschlag ist, den Standort in die nähere Untersuchung zu nehmen, die Baugrunduntersuchung zu machen ein Büro mit der Projektentwicklung zu beauftragen und dann die Ergebnisse in den Gremien vorzustellen.

Der Innenstadtfaktor wäre der einzige Grund für Herrn **Otto** der Vorlage zuzustimmen, dann sollte der Inhalt aber qualifiziert werden.

Herr **Bekierz** bemerkt, dass die Standortfrage die erste dringend zu klärende Frage ist. Es sind in diesem Bereich keine freihändigen Planungsvergaben möglich, das heißt, um hier zu architektonischen Erkenntnissen und zur echten belastbaren Kostenschätzung zu kommen, muss ein VOL-Verfahren durchgeführt werden. Dies ist erst möglich, wenn der Standort geklärt ist. Bei der Standortfrage gibt es noch keinen vorgefertigten Maßnahmebeschluss.

Frau Dr. **Tietz** kann dem Punkt 1 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen. Sie ist neugierig auf den Rat der anderen Ausschüsse, die teilweise kompetenter urteilen können.

Herr **Hartmann** schlägt abschließend vor, den letzten Satz zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern:

Ein Ersatzneubau soll vorzugsweise am Standort Mühleninsel (Standort nördlich der Tiergartenbrücke) geprüft werden.

Herr **Koschig** erklärt sich mit der Formulierung einverstanden und das Fachamt von Frau Wendeborn wird die Änderung einarbeiten.

Herr **Hartmann** stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

1. Die Stadt Dessau-Roßlau wird für die Zukunft eine Schwimmhalle zur Absicherung des Schulschwimmens, Bürgerschwimmens und Vereinsschwimmens vorhalten. Ein Ersatzneubau soll vorzugsweise am Standort Mühleninsel (Standort nördlich der Tiergartenbrücke) geprüft werden.
2. Als Orientierungsgröße für Gesamtkosten des Ersatzneubaus werden 6,5 Mio.

EUR zugrunde gelegt.

Der Fördermittelantrag für die Sanierung der Südschwimmhalle wird beim Landesverwaltungsamt zurückgezogen und der Fördermittelantrag für den Ersatzneubau wird entsprechend der oben festgelegten Kosten angepasst.

3. Die komplette Planung, Umsetzung und Steuerung des Projektes wird von der Stadt Dessau-Roßlau an die WBD (Waggonbau Dessau) - Industriepark Dessau mbH (IPG) übertragen werden.
4. Nach der Inbetriebnahme der neuen Schwimmhalle wird die ehemalige Schwimmhalle Süd stillgelegt und eventuell eine anderer Nutzung zugeführt.

Abstimmungsergebnis: 4 : 2 : 2

7 Schließung der Sitzung

Herr Hartmann schließt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 02.10.20

Robert Hartmann
Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Schriftführer